

der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]  
an die 171. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien am 25.10. 2018

## Nein zu noch längeren Ladenöffnungszeiten!

Pünktlich bevor das Arbeitszeitverlängerungsgesetz am 1. September in Kraft trat, haben auch die Monopolisten des Einzelhandels an ihre Wunschliste an die Regierung der Reichen und Konzerne erinnert: Eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten solle her.

Derzeit darf 72 Stunden offengehalten werden. Schon diese Liberalisierung aus dem Jahre 2003 brachte den Handelsbeschäftigten einen rigorosen Prekarisierungsschub ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse und auch viele kleine HändlerInnen um ihre Existenz. Denn eine Ausdehnung der Öffnungszeiten führt nicht zu einem Anstieg der Stundenausmaße und einer Stabilisierung der Arbeitsbedingungen, sondern zu einer weiteren Zerfransung des Arbeitstags und einer massiven Flexibilisierung.

Eine Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten führt auch nicht zu einem größeren Umsatz, sondern nur zu einer Verschiebung der Umsätze von den kleinen Händlern zu den großen Konzernen.

Angesichts der Politik dieser Bundesregierung ist das Vorhaben einer weiteren Liberalisierung im Handel nur eine Frage der Zeit!

### Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

- *Die AK Wien setzt sich verstärkt und auch prophylaktisch gegen eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten ein.*

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]  
an die 171. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien am 25.10. 2018

## Nein zur geplanten schwarz-blauen Mietrechtsreform!

Die schwarz-blaue Regierung strebt eine tiefgreifende Mietrechtsreform im Interesse der Miethaie und Immobilienwirtschaft an, um „marktkonforme Mieten“ (Regierungsprogramm) durchzusetzen. Die geplanten Mietrechtsänderungen würden das Wohnen im Altbaubestand nach Expertenschätzungen um bis zu 60% teurer machen. Bereits im Herbst sollen die ersten Gesetze verabschiedet werden: Darunter die Einführung von Lagezuschlägen in Gründerzeitvierteln. Dies würde in Wien nicht „nur“ deutlich teurere, vielfach regelrecht explodierende Wohnkosten von bis zu 95.000 Wohnungen nach sich ziehen, sondern zudem auch den „marktkonformen“ Teuerungsdruck auf breiter Front aller Mietrechtsverhältnisse weiter hochschrauben.

Nein zu den geplanten Lagezuschlägen in Gründerzeitvierteln; gegen Spekulation mit Grund und Wohnraum; für einen ausreichenden Gemeindewohnbau.

### Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

- *Die AK Wien spricht sich in aller Deutlichkeit gegen die Einführung von Lagezuschlägen in Gründerzeitvierteln aus.*
- *Die AK Wien tritt darüber hinaus mit allem Nachdruck dafür ein, die Spekulation mit Grund und Wohnraum rigoros zu unterbinden.*
- *Die AK Wien fordert demgegenüber vielmehr einen massiv intensivierten, ausreichenden Bau von Gemeindewohnungen.*

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]  
an die 171. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien am 25.10. 2018

## Rücknahme von Ausgliederungen in Spitälern und Pflegeeinrichtungen

Durch die neoliberale Wende wurde es „modern“, alles Mögliche bei Staat und Unternehmen auszugliedern, um damit Lohnkosten zu sparen. Auch im intramuralen Gesundheitsbereich kam es damit zu problematischen Entwicklungen. Es wurden Tätigkeiten von AbteilungshelferInnen und „Reinigungsarbeiten“ in sensiblen Bereichen (OP, Intensiv, Hochinfektion („gelbe Zimmer“), Desinfektion) an Privatfirmen ausgelagert. Auch im Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) wird hiervon exzessiv Gebrauch gemacht.

Damit kommt es zu Risiken im Bereich der Krankenhaushygiene. Die Gefahr der „Verschleppung von Keimen“ steigt, und damit die Gefahr für die PatientInnen im Spital Krankheiten zu bekommen, die sie vorher nicht hatten, und auch bei intakter Krankenhaushygiene nicht bekommen hätten. Das Krankenhaus hat bei diesem externen Personal keinen direkten Einfluss auf deren Aus- und Weiterbildung bzw. Qualitätskontrolle in Sachen Hygienestandards. Das Krankenhaus haftet aber für die Fehler seiner Subunternehmer. Eigenes Personal ist zwar teurer, aber nicht so teuer wie die Folgekosten von fehlerhafter Hygiene - abgesehen vom Leid der betroffenen PatientInnen! Aus Gründen der Patientensicherheit hat man deshalb auch etwa in OÖ bereits begonnen, derartige Ausgliederungen rückgängig zu machen.

### Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

- *Die AK Wien fordert die Rücknahme der Ausgliederungen von AbteilungshelferInnen und Reinigungsarbeiten in den sensiblen Bereichen und auf den Stationen. Die Stationsleitung muss die Weisungshoheit über alle auf der Station Tätigen haben. Patientensicherheit hat Vorrang!*

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]  
an die 171. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien am 25.10. 2018

## Zeitgemäße Anpassung des Regelbedarfs von Kindern

Um den Regelbedarf eines Kindes feststellen zu können, bedarf es zeitgemäßer Warenkörbe für die unterschiedlichen Altersstufen. Der Regelbedarf als Richtwert sagt aus, wie viel Geld es in der Regel braucht, um ein Kind mit üblichen Standards aufziehen zu können. Diese Tabelle für die unterschiedlichen Altersstufen ist eine Verordnung des BMJ, welche jedes Jahr an die Teuerung angepasst wird.

Die derzeitigen Warenkörbe sind Jahrzehnte alt und somit kein Abbild der aktuellen Bedingungen. Sie sind aber zentral für unterhaltsrechtliche Gerichtsverfahren.

### Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

- *Die AK fordert das BM für Justiz auf, zeitgemäße Warenkörbe zu erstellen, um ab dem 1.1.2019 eine sachlich korrekte Grundlage für die Festlegung des Regelbedarfes von Kindern bzw. Unterhaltsanspruches zu schaffen.*

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

Antrag Nr. 5

der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]  
an die 171. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien am 25.10. 2018

## Frauen\*Volksbegehren 2.0: richtige Forderungen zur rechten Zeit

Um den massiven frauenpolitischen Rückschritten sowie den schwarz-blauen Kürzungsorgien etwas entgegenzusetzen und die Gleichstellung der Frauen in Gesellschaft und Beruf weiter voranzubringen, bildet das Gros der aufgestellten Forderungen des beinahe exakt zwanzig Jahre nach dem ersten Frauenvolksbegehren initiierten und von knapp einer halben Million Menschen unterzeichneten Frauen\*Volksbegehrens 2.0 abermals zweifelsfrei wichtige Punkte und Schritte, die es zu erkämpfen und auch seitens der AK aktiv zu unterstützen gilt.

### Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

- *Die AK Wien tritt auch ihrerseits mit nochmals verstärktem Nachdruck dafür ein, die geschlechtsspezifischen Lohndiskriminierungen und Einkommensunterschiede zu überwinden.*
- *Die AK Wien macht sich in diesem Zusammenhang für die Erwägung des zurückliegend dahingehend gewerkschaftsintern diskutierten Ansinnens diesbezüglicher Sonder-KV-Runden für Frauen stark.*
- *Die AK Wien spricht sich gleichfalls für die schrittweise Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich aus.*
- *Die AK Wien nimmt die Forderungen des Frauen\*Volksbegehrens 2.0, die Armut zu bekämpfen, zum Anlass, auch ihrerseits nochmals verstärkte Initiativen einer effektiven Armutsbekämpfung zu setzen und zu unterstützen.*
- *Die AK Wien unterstützt die Forderungen des Frauen\*Volksbegehrens 2.0 nach Rechtsanspruch auf qualitativ hochwertige, kostenlose Kinderbetreuung, Kampf gegen Sexismus und Geschlechterdiskriminierung.*
- *Die AK Wien fordert die Rücknahme der jüngst exekutierten schwarz-blauen Kürzungsorgien und finanziellen Austrocknung fortschrittlicher Frauenprojekte.*

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

Antrag Nr. 6

der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]  
an die 171. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien am 25.10. 2018

## **Aktives Eintreten für Pressefreiheit!**

Der jüngste Frontalangriff des Innenministeriums auf die Pressefreiheit, in welchem den Landespolizeidienststellen via Mail „vorgeschlagen“ wurde, die Kommunikation mit „kritischen Medien“ „auf das nötigste Maß zu beschränken“, hat zurecht einen breiten Sturm der Entrüstung ausgelöst. Ein solcher Coup gegen „kritische Medien“ ist, wie auch die zuständige geschäftsführende GPA-djp Vorsitzende Barbara Teiber feststellte, „eine gefährliche Grenzüberschreitung, die einen Aufschrei der demokratischen Öffentlichkeit zur Folge haben muss“. Denn jeder Versuch, die Pressefreiheit und kritische Berichterstattung einzuschränken, ist ein Versuch die Demokratie einzuschränken. *“Wer die Demokratie einzuschränken versucht, hat in einer Demokratie als Politiker und erst recht als Mitglied der Bundesregierung keinen Platz“*, äußerte denn auch Eike-Clemens Kullmann, Vorsitzender der Journalistengewerkschaft in der GPA-djp – noch bevor das FPÖ-geführte Innenministerium Kickls mit der ungefragten Veröffentlichung der Korrespondenz von "Falter"-Chefredakteur Florian Klenk mit dem Ministerium gleich die nächste Grenze überschritt, um eine devote und gefügige Hofberichterstattung im Land durchzusetzen.

Derartige Informationssperren für kritische Medien und vielgestaltigen Formen der Unterbindung kritischer Berichterstattung – nicht zuletzt gegen sich der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung verpflichtet sehende linke Medien und JournalistInnen – grassieren einhergehend mit den politischen Koordinatenverschiebungen nach rechts-außen immer brachialer. Global findet dies vielfach überhaupt in Gestalt der direkten Inhaftierung unliebsamer PublizistInnen statt. Als namentliche Beispiele seien in diesem Zusammenhang etwa der in den USA seit 1982 inhaftierte Journalist Mumia Abu-Jamal und der jüngst in der Türkei unter fadenscheinigen Argumenten in (bis zu 5 Jahre andauernd könnende) U-Haft genomene österreichische Journalist Max Zirngast genannt, dessen Publikationen sich allem voran sozial-ökonomischer Entwicklungen, gewerkschaftlicher Kämpfe und politischer Analysen des gesellschaftlichen Umbaus in der Türkei widmen. *“Öffentlich vorgetragene Kritik an einem Regime darf kein Grund für politische Repression oder gar Haft sein. Die österreichische Bundesregierung ist aufgefordert, ihre Bemühungen um die Freilassung des Journalisten umgehend zu intensivieren“*, unterstrich in der Causa des mittlerweile auch mit dem „Dr. Karl Renner – Solidaritätspreis“ bedachten Max Zirngast die GPA-djp-Vorsitzende.

Aber Appelle allein - auch jene „an die Zivilgesellschaft wachsam zu sein“ - sind zu wenig. Das Innenministerium fuhrwerkelt einfach weiter von Grenzüberschreitung zu Grenzüberschreitung und die Bundesregierung wartet in der Causa des inhaftierten österreichischen Journalisten weitgehend untätig zu.

**Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:**

- *Die AK Wien fordert ihrerseits die Bundesregierung nachdrücklich auf, die Bemühungen um die Freilassung des österreichischen Journalisten Max Zirngast umgehend zu intensivieren.*
- *Die AK Wien unterstützt die breiten und vielfältigen zivilgesellschaftlichen Solidaritätsaktivitäten für seine Freilassung.*
- *Die AK Wien stemmt sich gleichzeitig mit aller Kraft gegen die virulente Einschränkung der Pressefreiheit und Versuche der Mundtodmachung „kritischer Medien“ seitens (zumindest) Teilen der Regierung in Österreich.*

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]  
an die 171. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien am 25.10. 2018

## **Ernsthafte Kampfperspektive für ein neues Arbeitszeitrecht**

Angesichts des überfallartigen Durchpeitschens des neuen Arbeitszeitverlängerungs- und Flexibilisierungsgesetzes mit 1. September, ist es seitens der Institutionen der Gewerkschaftsbewegung gefordert, diesen Frontalangriff entsprechend zu parieren und diesem eine progressive Alternative entgegenzustellen.

Dahingehend ist in der Tat eine gemeinsame Initiative der AK und des ÖGB, unter breiter *„Miteinbeziehung der ArbeitnehmerInnen auf Regional-, Landes- und Bundesebene“* (wie in der *„Initiative für ein modernes Arbeitszeitrecht“* geplant) von Nöten. Ebenso unstrittig ist die Bedeutsamkeit einer diesbezüglichen *„Einbeziehung von ExpertInnen aus Wissenschaft und der Zivilgesellschaft unter Berücksichtigung der Rückmeldungen aus den Betrieben auf Landes- und Bundesebene auch in öffentlichen Veranstaltungen“*.

Allerdings: wie sowohl der aktuell über uns hinwegrollende reaktionäre Backlash, aber auch der jahrzehntelange Stillstand einer umfassenden und generellen Arbeitszeitverkürzung (Stichwort: 35-Stunden-Woche) zeigen, ist die Arbeitszeitfrage keine vorrangige Frage der „besseren Argumente“, sondern vielmehr eine knallharte Frage der gesellschaftlichen Kräfte- und Machtverhältnisse sowie eine grundlegende Frage der Konflikt- und Kampfformen.

Heute erfordert, wie auf breiter Front immer offensichtlicher wird, selbst die Verteidigung der historisch errungenen Errungenschaften unser entschiedenes Agieren. Denn die Zeiten einzelner *„Zugeständnisse von Oben“* und *„sozialpartnerschaftlicher Kompromisse“* am „Grünen Tisch“ sind definitiv vorbei. Und das gilt natürlich umso mehr für alle vorwärts weisenden Verbesserungen der Arbeits-, Lebens- und Kampfbedingungen der Arbeitenden, für eine soziale Wende der Verhältnisse.

Darin liegt auch die Unumgänglichkeit einer gewerkschaftspolitischen Wende. Die weiterhin bestehende Orientierung dagegen, anstatt einer nötigen kämpferischen Wende, immer noch auf einen vermeintlich *„herrschaftsfreien politischen Diskurs“* zu setzen, führt, wie man derzeit sieht, ins Desaster.

Die Zentralperspektive und der Schlusspunkt einer nötigen Initiative für ein neues Arbeitszeitrecht im Interesse der Beschäftigten kann daher auch nicht in der bloßen *„Diskussion mit den Parteien“*

liegen, sondern braucht eine von den Beschäftigten in den Betrieben mitentwickelte ernsthafte Kampfperspektive. Andernfalls verkommt auch die angedachte „Mitglieder-Einbindung“ zu einem nur allzu durchsichtigen sozialdemokratisch dominierten Wahlkampfgeg.

**Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:**

- *Die AK Wien ergänzt zusammen mit dem ÖGB die gemeinsame „Initiative für ein modernes Arbeitsrecht“ um die Entwicklung konkreter Kampfperspektiven, in konsequenter Einbeziehung aller AK- und ÖGB-Mitglieder.*

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------